

TK-BRANCHE: INFRASTRUKTUR UND WETTBEWERB

Jetzt die richtigen Weichen stellen

Der TK-Markt hat sich in Deutschland seit gut zehn Jahren für den Wettbewerb geöffnet. Seither hat sich ein rapider struktureller und technischer Wandel in der Branche vollzogen. Dieser Prozess dauert noch an und wird mit der Einführung eines auf dem Internetprotokoll basierenden Netzbetriebes, dem „Next-Generation-Network“, seinen vorläufigen Höhepunkt erreichen. Doch Technik alleine genügt nicht. Jetzt müssen die richtigen Weichen für die Zukunft gestellt werden.

Die Branchenentwicklung wird vom technischen Fortschritt, von der Regulierung und immer stärker auch vom Finanzmarkt bestimmt. Der ver.di-Fachbereich 9 hat die Trends analysiert und stellt folgende Forderungen:

Next Generation Network: Der Netzausbau muss einhergehen mit der Entwicklung von Perspektiven für die Beschäftigten und mit der Schöpfung neuer Geschäftsmodelle.

Ausbildung: Die deutsche TK-Branche braucht dringend Fachkräfte. Um den Nachwuchs müssen sich Unternehmen viel stärker kümmern.

Breitband für alle: Der breitbandige Internetanschluss erlangt eine immer stärkere gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung. ver.di setzt sich für eine flächendeckende Versorgung von Breitbandanschlüssen für alle Regionen in Deutschland und für alle Haushalte ein.

Industriepolitik: Der TK-Markt globalisiert sich. Deutschland hat keine Unternehmen, die europa- und weltweit leistungsfähig genug wären, eine wichtige Rolle einzunehmen. Es fehlen politische und regulatorische Rahmenbedingungen. ver.di fordert sie.

Regulierungspolitik: Die Regulierung muss sich wieder stärker zurück ziehen. Viele Regulierungsfelder können dem allgemeinen Wettbewerbsrecht übergeben werden.

Bericht auf den Seiten 4 und 5

INHALT

NEWS

Kabel Deutschland, Deutsche Funkturm, Termine [Seite 2](#)

KOMMENTAR

Krokodilstränen [Seite 3](#)

MORGEN, ÜBERMORGEN

Breitband für alle [Seite 3](#)

TK-BRANCHE

Jetzt die richtigen Weichen stellen [Seiten 1/4/5](#)

NEWS

DTI, IBM [Seite 6](#)

T-Systems [Seite 7](#)

KAV und Telekom TT [Seite 8](#)

IMPRESSUM

[Seite 3](#)

VER.DI GEGEN CALL-CENTER-KAHLSCHLAG DER TELEKOM

Auch bei Netz-Centern droht scharfer Konflikt

Die Telekom will sich aus 39 Städten zurückziehen und die Call-Center-Aktivitäten künftig auf lediglich 24 Städte konzentrieren. Betroffen von den Umbaumaßnahmen sind bundesweit etwa 8.000 ArbeitnehmerInnen. ver.di kritisiert die geplante Umstrukturierung der Telekom-Call-Center scharf und hat erheblichen Widerstand angekündigt.

ver.di ist erschüttert über die Unverfrorenheit, mit der die Telekom den Kahlschlag bei den Call-Centern betreibt. ver.di wird alle Möglichkeiten nutzen, um das Konzept der Telekom zu Fall zu bringen und die Beschäftigten sowie ihre Arbeitsplätze zu schützen.

Die Telekom muss sich auf eine erhebliche Protestwelle gegen ihre Pläne einstellen. ver.di wird gemeinsam mit Betriebsräten sowie mit Vertretern aus Politik und Gesellschaft der betroffenen Kommunen gegen den Kahlschlag vorgehen. Gleichzeitig plant die Telekom nach Informationen von ver.di die Ausgliederung ihrer Netz-Center und die Verschmelzung auf eine deutlich schlechter tarifierte Tochtergesellschaft innerhalb des Konzerns. Ziel ist es offensichtlich erneut, die Löhne zu senken und die Arbeitszeit zu verlängern. Betroffen sind mehr als 6.000 ArbeitnehmerInnen. Ein Unternehmen, das die eigenen Beschäftigten zu Gegnern macht, wird die Kundenabwanderung nicht stoppen.

Lothar Schröder

KABEL DEUTSCHLAND GMBH

Aufsichtsratswahlen bei Kabel Deutschland GmbH

Vom 13. bis 17. Oktober wählen die Beschäftigten der Kabel Deutschland GmbH (KDG) ihre ArbeitnehmervertreterInnen für den Aufsichtsrat. Die ver.di-Nominierungsversammlung der KDG hat ihre Kandidatinnen und Kandidaten für den ver.di-Wahlvorschlag aufgestellt.

Bei der KDG und im ver.di-Fachbereich 9 laufen derzeit die Vorbereitungen für die Wahlen. Gewählt werden sechs ArbeitnehmervertreterInnen aus drei Personengruppen.

Neben den drei betrieblichen Vertretern aus der Gruppe der nicht-leitenden Angestellten und den zwei Gewerkschaftsvertretern wird auch ein Vertreter der leitenden Angestellten gewählt. Der Konzern hat etwas über 3.000 wahlberechtigte Beschäftigte.

ver.di wird mit zwei Wahlvorschlägen an den Start gehen. Ein Wahlvorschlag bezieht sich auf die Wahl der nicht-leitenden Angestellten, ein weiterer auf die Wahl der Gewerkschaftsvertreter. Bei der Kandidatenfindung wurde auf Erfahrung und Professionalität gesetzt. Die beiden ersten Listenplätze der nicht-leitenden Angestellten belegen Toni Krüger (KBR-Vorsitzender) und Petra Hesse (BR-Vorsitzende Region Niedersachsen/Bremen). Beide sind seit Jahren Mitglied im Aufsichtsrat. Den dritten Listenplatz belegt Rita Billmann, die als BR-Vorsitzende der Kabel Deutschland Breit-

band Services viele Beschäftigte über die einzelnen Regionen hinweg vertritt. Der ver.di-Wahlvorschlag für die Gewerkschaftsvertreter wird durch Sibylle Spoo und Joachim Pütz angeführt. Beide sind ebenfalls Mitglieder im Aufsichtsrat, Sibylle Spoo als stellvertretende Vorsitzende.

Christoph Heil

Weitere Informationen zur AR-Wahl unter <https://tk-it.verdi.de/KDG>

Auf dem Foto von links: Jörg Hobland (ver.di-Bayern), Sibylle Spoo (ver.di-Bundesverwaltung), Joachim Pütz (ver.di-Bundesverwaltung), Astrid Morales Frez (KDG), Rita Billmann (KDG), Gerhard Bose (KDG), Toni Krüger (KDG), Petra Hesse (KDG).



Foto: ver.di

TERMINE

BREMEN: Sen. OV FB 9/10: Treff jed. 1. Die. im Mon., 16 Uhr, DGB-Haus, Bhf-Platz.

DARMSTADT: BeG Sen. P/T: Am 9. Okt. Fahrt zur Frankf. Börse, Aufkünfte bei Wiedera: 06151/891280. Sen. Südhessen am 14. Okt. Fahrt nach Straßburg, Europa-Parl., Ausk.: Ferdinand: 06152/58201 od. Nowak: 06151/899499.

ESCHWEGE: BeG Sen. P/T Werra-Meißner, Infoveranst. am 9. Okt. um 14 Uhr, Niddawitzhausen, Gaststätte Rost, An der B 27.

HOF: Beg Sen. FB 1/9/10, Jahreshauptvers. im Postsportheim, Ossechenstr. 52, 25. Sept., 14.30 Uhr.

IDAR-OBERSTEIN: Sprechst. der BeG Sen. FB 9/10 am 1. Mo. im Mon., 14 bis 16 Uhr, DGB-Haus, Wilhelmstr. 25. Anmeld. Alfred Weis, Tel. 06785-17 444.

KÖLN: BeG Sen. FB 9/10, Mitgliedervers. am 27. Nov., Stadthalle Köln Mülheim, Einlass 13 Uhr.

LÜBECK: BeG der DT TS/KS GmbH Nord, FB 9, Bereich Lübeck. Treff jed. 1. Mi. im Mon., 16:30 Uhr, Fackenburger Allee 31, Raum V153.

MAINZ: JHV des OV Mainz FB 9 am 30. Sept., 16:30 Uhr, im Casino der DTAG Mainz, Wallstr. 88.

NEUSS: BeG Sen. Sprechst. in der ver.di-Geschäftsst., Hammer Landstr. 5, Mo. 6. Okt., 10 bis 12 Uhr. Die. 19. Aug.

NÜRNBERG: BeG Sen. Nürnberg/Schwabach/Roth/Lauf, FB 1,9,10, Vers. jew.

DFMG Tarifforderungen stehen

Die zuständigen ver.di Gremien der Deutschen Funkturm Management GmbH (DFMG) haben die Tarifforderung beschlossen. Der Entgelttarifvertrag (ETV mit der DFMG wurde fristgerecht zum 31. Juli 2008 gekündigt. Für die unter den Geltungsbereich des Entgelttarifvertrages fallenden Beschäftigten fordert ver.di:

Ein Volumen für den ab 1. August 2008 neu zu vereinbarenden Entgelttarifvertrag in Höhe von 6,5 Prozent, zwölf Monate Laufzeit des ETV bis 31. Juli 2009.

Die anstehenden Tarifverhandlungen werden unter der Führung des ver.di Landesbezirks Niedersachsen Bremen geführt. ver.di hat gegenüber dem Arbeitgeber angeboten, im Vorfeld der Tarifverhandlungen Gespräche zu führen, um allgemeine Fragen zur Organisation und zum weiteren Prozedere zu erörtern.

Ado Wilhelm

1. Do. im Mon., 14.30 Uhr, Gaststätte „Zur Waldschänke“, Frankenstr. 199. Am 9. Okt. Weinfahrt, Abfahrt: Langwasser Süd, 10 Uhr. 12. bis 18. Okt. Kulturtreffen in Südtirol.

ORTENAU: BeG Sen. P/T: Sprechst. Mittw., 11-12 Uhr, ver.di-Geschäftsst., Offenburger Hauptstr. 1c, auch tel.: 07 81/91 71 14.

ULM NEU-ULM: BeG VE Ulm Neu-Ulm P/T, Monatstreff am 2. Okt., 14.30 Uhr, „Krone“.

WUPPERTAL: BeG Sen. FB 9 Bereiche Wuppertal, Niederberg und Rhein/Wupper: Jahreshauptvers. am 8. Okt. um 10 Uhr beim Fußballverb. Niederrhein, Friedrich-Engels-Allee 127, Wuppertal-Barmen.

**REDAKTIONSSCHLUSS
NÄCHSTES HEFT:
15. SEPTEMBER 2008!**

Krokodilstränen

UNTERNEHMEN SUCHEN HÄNDERINGEND FACHKRÄFTE: ENTWICKLER, INGENIEURE, TECHNIKER, IT-EXPERTEN... SIE SUCHEN MENSCHEN, DIE HOCHQUALIFIZIERT SIND, AM LIEBSTEN FRISCH VON DER UNI, ABER MIT VIEL BERUFSERFAHRUNG, BELASTBAR, FLEXIBEL, AUCH ÖRTLICH UND NATÜRLICH ZUM EINSTIEGSLONN, DAS HEISST EINE BEZAHLUNG WEIT UNTER DEM QUALIFIKATIONSNIVEAU.

Die Unternehmen wollen die sogenannte „Eier legende Wollmilchsau“. Doch das geht so nicht. Für nichts bekommt man auch nichts. Wer nicht investiert, kann im Wettbewerb bald nicht mehr mithalten. Wer keine Fachkräfte ausbildet, darf sich nicht wundern, wenn er keine hat. Und wer keinen anständigen Lohn für gute

Klappt nicht?
Liegt wohl an
der fehlenden
Ausbildung.



Arbeit zahlen will, findet irgendwann keine Leute mehr.

Die Idee, mal eben schnell qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland rüberzuholen, wird auch immer öfter zur platzenden Seifenblase. Die wollen gar nicht zu uns kommen. Denn längst ist der Trend umgekehrt. Die guten Leute gehen ins Ausland. Weil sie dort weit mehr als in Deutschland verdienen. Weil ihre Arbeit dort mehr ge-

schätzt wird. Weil sie dort bessere Arbeitszeiten und folglich mehr Zeit für ihre Familien haben. Weil sie dort Perspektiven finden, an die sie hier schon nicht mehr geglaubt haben. Erst gingen die Ärzte, Ingenieure und Techniker. Inzwischen gehen sogar einfache Arbeiter, die hier jahrelang keinen Job mehr fanden.

Wenn die Unternehmen so weitermachen, brauchen sie bald nur noch jemanden, der bei ihnen das Licht ausmacht. Ohne Fach- und Nachwuchskräfte sägen sie an dem Ast auf dem sie sitzen: Sie opfern Innovationen, Wettbewerbsfähigkeit und Zukunftsideen ihrer Profitgier. Sie sollen aber hinterher nicht sagen, das haben sie nicht gewusst. Die Krokodilstränen nehmen ihnen die Gewerkschaften dann auch nicht mehr ab. Wer nur an den kurzfristigen finanziellen Erfolg denkt und mit billigen Arbeitskräften kalkuliert, der hat sich eben schnell verrechnet.

Marion Lühring

MORGEN, ÜBERMORGEN

Breitband für alle

ENDE DES JAHRES 2012 VERKÜNDET DAS WIRTSCHAFTSMINISTERIUM, DASS IN ALLEN REGIONEN DER BUNDESREPUBLIK BREITBANDANSCHLÜSSE ERHÄLT- LICH SIND. JEDER HAT DIE MÖGLICHKEIT SICH EINEN LEISTUNGSFÄHIGEN ZUGANG ZUM INTERNET ZU VERSCHAFFEN.

„Es bricht eine neue Ära an“, so der Wirtschaftsminister stolz. Egal ob es sich um die Ausgestaltung eines Heimbüros oder die

Einrichtung eines Gewerbes handelt. Für alle Vorhaben, die einen leistungsstarken Internetanschluss benötigen, ist der Standort ab sofort kein Nachteil mehr. Dies sichert Arbeitsplätze in strukturschwachen Regionen und schafft neue Jobs. Möglich geworden ist die Breitbandoffensive durch eine Initiative der Gewerkschaften, die Druck auf Politik und Unternehmen ausgeübt haben. Es wurden Minimalstandards definiert, die ein Breitbandanschluss erfüllen muss. Diese Standards wurden in das Telekommunikationsgesetz geschrieben und seither alle drei Jahre überprüft und bei Bedarf angepasst. Nun konzentrieren die Unternehmen ihre Aktivitäten nicht nur auf die Ballungszentren,

sondern versorgen auch strukturschwächere Regionen. Der Staat erreichte zusammen mit den Ländern und den Kommunen, dass Glasfaserleitungen auch in bisher unerschlossene Gebiete gelegt wurden. Der Fiskus unterstützte die Unternehmen bei ihren Investitionen mit Subventionen. Außerdem bekommen einkommensschwache Haushalte nun Sozialtarife für ihren Breitbandanschluss. Wer mit Hilfe des privaten Breitbandzugangs seinen Beruf ausübt oder sich damit an Qualifikations- und Weiterbildungsmaßnahmen beteiligt, kann die Anschlusskosten steuerlich geltend machen. Der Wirtschaftsminister resümiert: „Der Wirtschaftsstandort Deutschland hat durch die Breitbandoffensive gewonnen.“

Christoph Heil

IMPRESSUM KOMM NR. 8/9 2008; 8. JAHRGANG;

HERAUSGEBER: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft; Bundesvorstand: Frank Bsirske, Lothar Schröder; Fachbereich TK/IT, Paula-Thiede-Ufer 10, 10170 Berlin, Telefon: 030/6956-0, Internet: <http://tk-it.verdi.de>; **ERSCHEINUNGSWEISE:** 9 Ausgaben pro Jahr; **REDAKTION:** Christoph Heil, Marion Lühring; **E-MAIL:** redaktion.komm@verdi.de; **GESTALTUNG:** Susanne Teige, Frankfurt am Main; **DRUCKAUFLAGE:** 152.500 **HERSTELLUNG + DRUCK:** alpha print medien AG; Darmstadt.

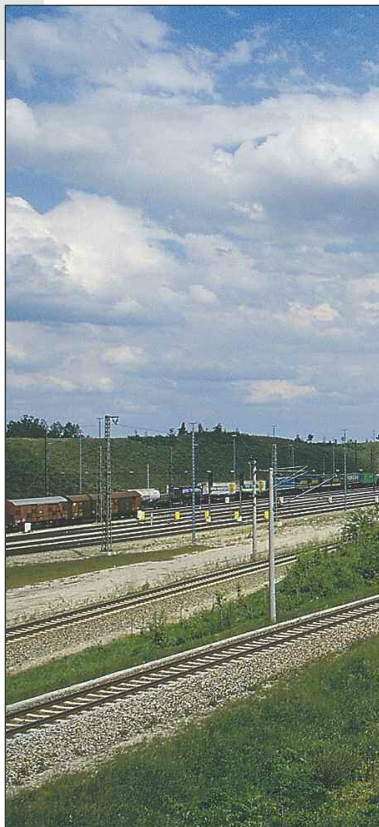
INFRASTRUKTUR UND WETTBEWERB

Jetzt die richtigen Weichen stellen

TK-ANBIETER KÖNNEN NUR AM MARKT BESTEHEN, WENN SIE IN IHRE NETZE INVESTIEREN UND SIE MODERNISIEREN. DOCH INVESTIEREN MÜSSEN SIE AUCH IN DIE AUSBILDUNG VON FACH- UND NACHWUCHSKRÄFTEN. POLITIK UND REGULIERUNG SPIELEN EBENFALLS EINE WICHTIGE ROLLE, WENN ES DARUM GEHT DIE WEICHEN FÜR DIE ZUKUNFT SO ZU STELLEN, DASS UNTERNEHMEN IM WETTBEWERB BESTEHEN KÖNNEN, ARBEITSPLÄTZE ERHALTEN BLEIBEN UND NEUE ENTSTEHEN KÖNNEN.

In diesen Tagen wurde bekannt, dass selbst vermeintlich erfolgreiche TK-Unternehmen wie die von der Telecom Italia geführte Hanse-Net ihr Unternehmen in Deutschland vermutlich nicht halten werden. Geschäftsmodelle, wie z. B. der Verkauf von freien Kapazitäten der Mobilfunknetzbetreiber durch Unternehmen wie Talkline, Debitel oder andere scheinen zu scheitern. Seit Jahren verschwindet ein Anbieter nach dem anderen vom Markt und mehr und mehr graben den Wiederverkäufern die einstigen Geschäftspartner wie Vodafone, T-Mobile oder E-Plus das Wasser durch eigene Billigangebote ab.

WER JETZT IN DIE AUSBILDUNG VON FACHKRÄFTEN INVESTIERT, STELLT DIE RICHTIGEN WEICHEN FÜR MORGEN.



Der Aufbau und die Unterhaltung einer großflächigen, leistungsfähigen Infrastruktur und die durch den Wettbewerb und die Regulierung stetig fallenden Endkundenpreise bringen einige Unternehmen an den Rand der Wirtschaftlichkeit. Große Unternehmen schaffen die Last großer Investitionen leichter. Eine Konsequenz daraus ist der Zusammenschluss und die Verdrängung von Unternehmen vom Markt sowie die Konzentration auf wenige Geschäftsmodelle.

Neben der Vertriebsseite entwickelt sich der Markt aber auch technisch weiter. Momentan stellen alle Netzbetreiber ihre Netze auf „Next Generation Network“ (nächste Generation) um. Hier entwickeln sich neue, immer leistungsfähigere Techniken. Da ist es schon paradox, dass die meisten Unternehmen nicht in die Ausbildung qualifizierter Fachkräfte investieren.

FACHKRÄFTE FEHLEN

Während die Wirtschaft und deren Verbände in Deutschland einen dramatisch wachsenden Fachkräftemangel prognostizieren, tun die einzelnen Unternehmen wenig, um dem entgegenzuwirken. Einzig die Deutsche Telekom bildet in der TK-Branche noch im nennenswerten Umfang junge Menschen aus. Dies ist auch dem Druck von ver.di zu verdanken. Bei den Wettbewerbern liegen die Ausbildungsquoten nach wie vor auf niedrigem Niveau – viele hoffen auf gut ausgebildete Fachkräfte aus den Hochschulen und

dem Ausland. Die Erkenntnis, dass die Ausbildung eigener Nachwuchskräfte eine Zukunftsinvestition ist, bleibt in Deutschland entwicklungsbedürftig. Der Fachkräftemangel spitzt sich in der TK-Branche immer weiter zu. Wirtschaftsexperten und Branchenverbände sind sich einig: Der Fachkräftemangel wird die deutsche Wirtschaft insgesamt schwächen.

AUSBILDUNG

Die Ausbildung ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die gemeinsam durch die Schulen, die Hochschulen, die Unternehmen und den Staat gelöst werden muss. Für die Unternehmen scheint Ausbildung in erster Linie ein Kostenfaktor zu sein. Diese Sicht ist falsch. Die Ausbildung ist eine lohnende Investition. Das müssen Unternehmen endlich erkennen. Die Regierung muss die Ausbildung in den Unternehmen mehr fordern und fördern. Wenn Ausbildung als Investition anerkannt würde, dann müsste der Fiskus diese auch als solche steuerlich behandeln.

NEXT GENERATION NETWORK

Zukünftig wird die gesamte Kommunikation, ob Sprachtelefonie, Datenübertragung oder die Fernsteuerung von Anlagen, Geräten oder Computern über ein und dasselbe Netz laufen. Diese Umstellung auf „Next Generation Network“ bringt erhebliche Effizienzvorteile. Dadurch können die Netzbetreiber Verteilerstandorte

abbauen, was Arbeitsplätze kosten wird. Bei der Deutschen Telekom spricht man davon, dass in drei bis fünf Jahren die Verteilerstandorte um ca. 90 Prozent reduziert werden können. Dadurch droht ein Verlust von Tausenden Arbeitsplätzen.

ver.di kritisiert, dass die Arbeitnehmervertretungen in die Planungen nur unzureichend einbezogen werden. ver.di fordert deshalb eine bessere Transparenz bei den Planungen und eine sofortige Beteiligung der Betriebsräte und der Gewerkschaft. Wenn über die personellen Konsequenzen Klarheit herrscht, können Arbeitnehmervertreter heute schon damit beginnen zu überlegen, wie sie die betroffenen Beschäftigten für neue Aufgaben vorbereiten können. Mit der neuen Netztechnologie entstehen zahlreiche neue innovative Geschäftsfelder (Multimedia, Kommunikation für Schwerbehinderte, Medizin etc.), die es zu erschließen gilt. Das schafft neue Arbeitsplätze. Dazu bedarf es aber auch Investitionen in Forschung und Entwicklung. Deshalb erwartet ver.di von der Regulierungspolitik, dass sie den Netzbetreibern die „notwendige Luft zum Atmen“ lässt. Es darf nicht sein, dass erreichte Effizienzvorteile abgegeben werden müssen, so dass sich der finanzielle Spielraum für Innovationen wieder schließt. Investitionen in den Ausbau und die Modernisierung der Netzinfrastruktur müssen sich lohnen.

BREITBAND FÜR ALLE

Wissenschaft und Politiker stimmen darin ein, dass ein leistungsfähiger Zugang zum Internet eine wichtige Voraussetzung für die gesellschaftliche Teilhabe der Menschen ist. Aber auch die Bedeutung des breitbandigen Internetzugangs für den Tourismus und für die kleine und mittelständische Wirtschaft wächst. Der leistungsfähige Zugang zum Internet wird für die Unternehmen in ländlichen Regionen immer mehr zum Standortfaktor. An den kleinen und mittelständischen Unternehmen

hängen gerade auch in strukturschwachen Regionen wichtige Arbeitsplätze.

ver.di fordert einen für alle Menschen und Unternehmen in Deutschland finanzierbaren, leistungsfähigen Zugang zum Breitbandanschluss. Dies kann am ehesten erreicht werden, wenn so schnell wie möglich die Bestimmungen zum Universaldienst den heutigen Bedürfnissen angepasst werden.



Dabei muss der Zugang zum Breitband für alle auf Grundlage definierter Mindeststandards erfolgen. Diese Mindeststandards müssen regelmäßig überprüft und angepasst werden. Die Öffentliche Hand muss dafür sorgen, dass dieser Teil der Infrastrukturleistung schnell und flächendeckend gewährleistet wird. Die Unternehmen sind bei der Umsetzung in die Pflicht zu nehmen, aber auch zu unterstützen.

REGULIERUNGSPOLITIK

Die Globalisierung der TK- und IT-Welt (zusammen: ITK) schreitet rasant voran. Verschärfend wirkt die derzeit anlaufende Konsolidierung der TK-Netzbetreiber in den USA und Europa. Europäische Unternehmen haben im globalen Vergleich nur eine mittlere Größe. Verstärkt drängen auch Medien- und reine Inhalteanbieter sowie Portalbetreiber (Google, Microsoft, Skype, Yahoo, etc.) auf den ITK-Markt. Mächtige TK/IT-Medienkonzerne mit globalem Auftritt treten in Konkurrenz zur zersplitterten europäischen TK/IT-Branche.

In der Regulierungspraxis fehlt ein industriepolitischer Ansatz zur Stärkung nationaler Unternehmen im globalen Wettbewerb. Dieser Missstand muss korrigiert werden. Ein

schneller flächendeckender Ausbau der Telekommunikationsinfrastruktur nach weltweiten Spitzenstandards ist notwendig. Um die notwendigen Investitionen anzureizen, müssen die nationale und europäische Regulierung zurückgefahren werden. Bei der Regulierung und der Gestaltung der Rahmenrichtlinien durch die EU-Kommission müssen die Herausforderungen durch die globalen ITK-Märkte berücksichtigt werden. Insbesondere zum TK-Sektor fehlen EU-Kommission und Bundesnetzagentur eine adäquate Strategie. Der nationale Regulierer (Bundesnetzagentur) und die europäische Kommission greifen nach wie vor mit ihren Entscheidungen und Vorgaben in die Geschäftsmodelle der nationalen TK-Unternehmen ein. Außerdem entsteht der Eindruck, dass sich die Kompetenzen mehr und mehr in Richtung Brüssel verlagern. Dabei versucht die EU-Kommission einen Regulierungsrahmen zu gestalten, der die 15 nationalen Märkte der Mitgliedsländer mit ihren höchst unterschiedlich entwickelten Infrastrukturlandschaften harmonisiert. Dieses Ziel ist auf absehbare Zeit nicht erreichbar und berücksichtigt zu wenig die Unterschiede einzelner Staaten. ver.di fordert deshalb einen Rückzug der europäischen Regulierung auf die Themen, die sich auf die Auflösung von Engpässen und die Standardisierung von Schnittstellen und Frequenzvergaben richten. Eine ähnliche Forderung erhebt ver.di auch gegenüber der nationalen Regulierung. Auf dem deutschen Markt herrscht ein reger Wettbewerb. Die Preise sinken seit Jahren. Kunden erhalten immer öfter für das gleiche Geld bessere Produkte. Das alles sind Indizien dafür, dass der Wettbewerb in vielen Bereichen des TK-Marktes funktioniert. Somit ist eine wichtige Aufgabe der Bundesnetzagentur für den TK-Markt erfüllt. Jetzt sollte sie sich zurückziehen und den Markt der allgemeinen Wettbewerbskontrolle überlassen.

Christoph Heil

GESCHÄFTSFELD DTI KÜNFTIG IM STRABAG-KONZERN

Betriebsräte und ver.di befürworten Wechsel

DER STRABAG-KONZERN ÜBERNIMMT DAS IMMOBILIEN-GESCHÄFT DER DEUTSCHEN TELEKOM AG. DAMIT WERDEN RUND 6.000 BESCHÄFTIGTE EINEN NEUEN ARBEITGEBER BEKOMMEN. DIE HOFFNUNG IST GROSS, DASS MIT DEM ABSCHLUSS DES SEIT JAHREN ANGEKÜNDIGTEN VERKAUFS DIESES GESCHÄFTSFELDES ENDLICH RUHE FÜR SIE EINKEHRT.

Seit Mitte Juli ist der Verkauf offiziell. Die Beschäftigten wollten wissen, ob ein Wechsel zum STRABAG-Konzern ratsam ist. Als Entscheidungshilfe fand am 24. Juli 2008 eine Betriebsräteversammlung mit über 100 Betriebsräten und ver.di-Vertretern in Frankfurt statt.

Dort betonte der Vorstandsvorsitzende (CEO) der STRABAG SE, Hans-Peter Haselsteiner, den beiderseitigen Nutzen durch den Erwerb von DeTelmobilien (DTI).

STRABAG wolle alle Beschäftigten mit ihrem Know How auf dem Weg zum führenden Dienstleister für Facility Management in Europa mitnehmen. Der Investor sieht die Zukunft zuversichtlich, auch wenn man sich sicher sei, dass es nicht immer einfach werde.

Die Geschäftsführung der DTI, von der langjährigen Sanierungs- und Umorganisationsphase geprägt, war in ihren Antworten zögerlicher und wollte keine Zusagen zur weiteren Flächenpräsenz von DTI machen. Dr. Niesslein, amtierender Sprecher der Geschäftsführung, lobte jedoch, dass mit Unterstützung der Betriebsräte weitreichende Regelungen für alle Mitarbeiter geschaffen wurden, so dass sie im neuen Konzern gesichert seien und bessere Rahmenbedingungen haben werden.

In Anbetracht der erreichten tariflichen und kollektiven Regelungen, des mindestens zehnjährigen Dienstleistungsvertrages mit einem Volumen von mehr als sechs Milliarden Euro sowie der strategischen Ausrich-

tung des neuen Eigentümers befürworten ver.di und die Betriebsräte einen Wechsel der Beschäftigten. Beim neuen Eigentümer kann eher Schutz für Konditionen und Sicherheit für Arbeitsplätze erwartet werden, als im Telekom-Konzern. Alle notwendigen Vereinbarungen sind getroffen, um eine adäquate Weiterbeschäftigung im STRABAG-Konzern sicherzustellen.

Jürgen Richter



Ulrich Sekzinski-Treichel, GBR-Vorsitzender: „STRABAG erwirbt mit DTI einen der besseren Unternehmensteile des Konzerns DTAG. Die

Belegschaft, die ihre Leistungsstärke und Loyalität zum Unternehmen immer wieder bewiesen hat, hat er damit noch nicht gekauft. Nun kommt es darauf an, dass sich der neue Eigentümer die Motivation und Wechselbereitschaft der Mitarbeiter verdient.“

Foto: ver.di

IBM

Gestärkt in die Tarifverhandlungen

KAUM SIND DIE TARIFVERTRÄGE ZU ONE IBM, DEM GRÖSSTEN KONZERNUMBAU, DEN IBM IN DEUTSCHLAND JE ERLEBT HAT, UNTER DACH UND FACH, STARTEN DIE NÄCHSTEN VERHANDLUNGEN: ES GEHT UM DIE GEHÄLTER UND ARBEITSBEDINGUNGEN.

ver.di fordert bei den laufenden Verhandlungen: Die IBM-Tarifgehälter sollen mit einer Laufzeit von 12 Monaten zum 1. Juni 2008 um 6,5 Prozent plus x angehoben werden. Plus x bedeutet, dass die Verhandlungskommission neben der eigentlichen Lohnerhöhung zusätzlich eine Kompensation für die Gehaltseinbußen zwischen 2005 und 2007 fordert. Die Mindestabsicherung der betrieblichen Sonderzahlung auf der tariflichen Ebene soll auf 1.750 Euro erhöht werden. Zusätzlich sollen alle ver.di-Mitglieder bei IBM, die unter diese Tarifregelung fallen, die Mindestabsicherung erhalten. Eine Differenzierung nach Leistungsgruppen soll nicht erfolgen.

„Unsere Forderungen können wir nur durchsetzen, wenn wir unseren Organisationsgrad in allen Gesellschaften massiv erhöhen und die ver.di-Betriebsgruppen an den Standorten, die Mitglieder

und die Beschäftigten aktiv in die Tarifrunde mit einbeziehen“, so ver.di-Verhandlungsführer Rolf Schmidt. Die vorangegangenen Verhandlungen zu ONE IBM seien eine „mächtige tarifpolitische Herausforderung“ gewesen. Sie seien erfolgreich verlaufen aufgrund der starken Unterstützung der Mitglieder bei IBM und fast 300 neuer Mitglieder, die von aktiven Mitgliedern, dem Projekt Newcomer und IT-Projekt geworben wurden.

Die Tarifverträge, die zwischen ver.di und der IBM Geschäftsführung für alle Gesellschaften vereinbart wurden, bedeuten Schutz und Sicherheit sowie eine solide Basis für die materiellen Bedingungen der Arbeitsverhältnisse. ver.di-Mitglieder haben zudem den Vorteil, dass sie bei einem Übergang in eine neue Gesellschaft keine ergänzende Regelung zu den Arbeitsverträgen unterschreiben müssen, damit die Tarifverträge für sie gelten.

Im Juni folgte eine Infotour durch die größeren IBM-Lokationen: Erfurt, München, Stuttgart, Mainz, Düsseldorf, Berlin, Hamburg, Hannover und Frankfurt. Die Veranstaltungen waren durch intensive Diskussionen geprägt. Praktische Fragen der Umsetzung von ONE IBM im Bezug auf die Arbeitskonditionen standen dabei im Mittelpunkt und natürlich die bevorstehende Gehaltsrunde.

Bert Stach

T-SYSTEMS:

Tarifabschluss bringt 3,1 Prozent

NACH ÜBER 20 WARNSTREIK- UND PROTESTAKTIONEN IM GANZEN BUNDESGBIET, ZULETZT SOGAR MIT VOLLSCHICHTIGEN WARNSTREIKS, KONNTE IN DER FÜNFTEN VERHANDLUNGSRUNDE AM 9. JULI EIN TARIFABSCHLUSS IN BONN ERZIELT WERDEN.

**T-Systems:
Warnstreik
in Hamburg
am 30. Juni
2008.**

Foto: ver.di

Die Kernpunkte des Tarifabschlusses: In 2008 erfolgt eine Einmalzahlung in Höhe von 900 Euro (beurlaubte Beamte bekommen 765 Euro); das Geld wird mit dem Gehalt für August 2008 ausgezahlt. Die Entgelttabellen werden ab 1. Januar 2009 um 3,1 Prozent angehoben. Bei allen Tarifbeschäftigten wird zum 1. Januar 2009 das individuelle Jahreszielge-

halt um 3,1 Prozent erhöht. Somit erfolgt in 2009 die Weitergabe der Tariferhöhung 1:1 (ohne GÜP). Der Tarifvertrag läuft bis 31. Dezember 2009. Das Verhandlungsergebnis gilt für T-Systems -ES, -GEI, -BS und -MMS.

„Die Warnstreiks haben Wirkung gezeigt“, sagte ver.di-Bundesvorstandsmitglied Lothar Schröder zum

Tarifabschluss. Trotz der komplizierten Lage des Unternehmens sei es dem Arbeitgeber nicht gelungen, die Gehälter bei T-Systems von der allgemeinen Lohnentwicklung abzukoppeln: „Die Unternehmensführung hat begriffen, dass erfolgsabhängige Lohnerhöhungen gegen die Beschäftigten und ver.di nicht durchsetzbar sind“, stellte Schröder klar.

Ferner wurde vereinbart, dass T-Systems Beschäftigte nicht maßregelt, die sich im Rahmen der Tarifaussensetzungen an ver.di-Aktionen beteiligt haben. Verhindert werden konnte auch, dass die Themen Rationalisierungsschutz und Beschäftigungssicherung (gilt in wesentlichen Teilen noch bis Ende 2008) an den Tarifabschluss gekoppelt werden. Ab Herbst werden vereinbarungsgemäß die Verhandlungen zu diesem Themenkomplex begonnen.

Wilfried Hölzer



„Personalumbau vor Abbau!“

Als „un glaubliche Provokation“ verurteilte Lothar Schröder, Mitglied im ver.di-Bundesvorstand, die Ankündigung von DTAG-Vorstand Thomas Sattelberger betriebsbedingte Kündigungen bei T-Systems ins Auge zu fassen. Der Konzernvorstand wolle wohl die Öffentlichkeit an Kündigungen gewöhnen, um sich vor sozialverträglichen Lösungen zu drücken.

ver.di und die Betriebsräte von T-Systems sind über die Aussagen Sattelbergers entsetzt und verärgert, weil derzeit die Verhandlungen zur Umsetzung von Next Generation T-Systems noch stattfinden. Die Neuorganisation soll T-Systems wieder auf Erfolgskurs bringen. Aus Sicht der Betriebsräte präsentiert sich der Arbeitsdirektor der DTAG hier als Scharfmacher, der

konkrete Verabredungen zwischen T-Systems-Management und den Betriebsräten gefährdet. Verabredet wurde:

„Personalumbau vor Abbau!“ So hat der Vorstand von T-Systems zugesagt, rund 5.000 freiberufliche Mitarbeiter durch Stammpersonal zu ersetzen. Für Teile der T-Systems gibt es bestehende Vereinbarungen zum Kündigungsschutz, für andere sind

Verhandlungen über Rationalisierungsschutz und Beschäftigungssicherung bereits ab Herbst verabredet.

Weitere Kernelemente für den Personalumbau sind für die Arbeitnehmervertretung Um- und Weiterqualifizierungsangebote mit individueller Beratung der Beschäftigten und die Übernahme der Auszubildenden.

BUNDES AV KONFERENZ

Geht die Ausbildung baden?

GEHT
DIE
AUS-
BIL-
DUNG
BA-
DEN?

ver.di-Bundes-
vorstandmit-
glied Lothar
Schröder:
Das Image der
Telekom sinkt.

Foto: ver.di

DIE AUSZUBILDENDENVERTRETUNGEN (AV) ALLER 39 BERUFSBILDUNGSSTELLEN BEI DER DEUTSCHEN TELEKOM AG (DTAG) KAMEN IM JULI IN NEUSS ZUR BUNDES-AV-KONFERENZ ZUSAMMEN, DIE UNTER DEM THEMA „AUSBILDUNG GEHT BADEN?“ STAND. MIT THOMAS SATTELBERGER, KONZERNVORSTAND PERSONAL, UND LOTHAR SCHRÖDER, VER.DI-BUNDESVORSTANDSMITGLIED, DISKUTIERTEN DIE AV-VERTRETER DIE PROBLEME UND CHANCEN DER AUSBILDUNG IM KONZERN.



„Unbeliebter sind nur noch Philip Morris, Permira und Gazprom.“ Bei der Drei-Teilung des Telekom-Training konnte ver.di erreichen, dass in politischen Grundsatzpapieren verschiedenste Sicherungsregelungen mit der Telekom vereinbart wurden: U.a. dass ein Ausbilder nicht mehr als 20 Azubis betreut und dass ein Qualitätsmanagementsystem für die Ausbildung eingeführt wird.

Die Geschäftsführung der Konzernauszubildendenvertretung kritisierte, dass die Telekom bei der Übernahme der Nachwuchskräfte viel zu langsam und in wichtigen Details nicht attraktiv für Jugendliche sei, beispielsweise bei der Bezahlung und den Standorten. Gut ausgebildete Nachwuchskräfte gingen zur Konkurrenz; die profitiere nur, habe aber nichts investiert. Zudem bilde die Telekom fast nur noch in den Ballungszentren aus. Die Telekom müsse aber ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung gerecht werden und die Ausbildung zu den jungen Menschen bringen, forderte Martina Möbius, stellvertretende Vorsitzende der KAV. Arbeitsdirektor Thomas Sattelberger kündigte an, sich Gedanken über zweijährige Ausbildungsberufe zu machen und forderte

eine stärkere Rotation bei den Ausbildern. Die Ausbilder müssen den Konzern kennen und dürfen nicht nur jahrelang in ihrer Berufsbildungsstelle sitzen. Um den richtigen Weg einzuschlagen, wurde dem Arbeitsdirektor ein Segel mit Wünschen der AV'n, zur Ausbildung bei der DTAG, übergeben. In seinem Referat zur Situation am IKT-Markt sprach Lothar Schröder die sinkenden Imagewerte der Telekom an.

Die Teilnehmer waren sich einig, dass sie schon vieles getan haben, damit die Ausbildung bei der Telekom nicht baden geht. Dennoch bleibe viel zu tun und dabei sei jeder gefordert, mitzuhelfen. Schließlich gehe es darum, junge Menschen für den nicht gerade einfacher werdenden Arbeitsmarkt fit zu machen.

*Florian Haggemiller
Vorsitzender der KAV der DTAG*

TELEKOM TRAINING (TT)

Regelungen für Umorganisation vereinbart

NACH MONATELANGEN VERHANDLUNGEN MIT DER LEITUNG DES TT UND DEM KONZERNINTERNEN ARBEITGEBERVERBAND (AGV) ÜBER SCHUTZREGELUNGEN BEI DER SPALTUNG DES TT, KONNTEN VERSCHIEDENE GRUNDSATZPAPIERE MIT ECKPUNKTEN VEREINBART WERDEN, DIE GRUNDLAGE FÜR DIE UMORGANISATION SEIN WERDEN UND DIE SCHUTZ UND SICHERHEIT FÜR DIE BESCHÄFTIGTEN ERMÖGLICHEN. PARALLEL DAZU WURDEN VOM BETRIEBSRAT REGELUNGEN FÜR EINEN INTERESSENS-AUSGLEICH UND SOZIALPLAN VERHANDELT UND ABGESCHLOSSEN.

ver.di, Betriebsrat (BR) des TT und die Auszubildendenvertretung des Konzerns (KAV) haben sich gegen die Zerschlagung des TT in drei Teile (Ausbildung, Weiterbildung und Tagungshotels) ausgesprochen. Allerdings fanden ihre guten Argumente kein Gehör. Die wilden Umorganisationsmaßnahmen gehen somit weiter. Auch der Verkauf der Fachhochschule Leipzig wird weiter betrieben. Dennoch haben ver.di und BR Verhandlungen mit der Arbeitgeberseite geführt, um Schutzregelungen für die Beschäftigten zu ermöglichen. Sie erreichten, dass die Ausbildung in der Fläche erhalten bleibt und der geplante rigorose Personalabbau gestoppt wird. Die optimale Ausbildung der Nachwuchskräfte ist gesichert und Schutzregelungen für Beschäftigte sind für den Fall eines Verkaufs der Tagungshotels vereinbart.

Ado Wilhelm